

Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes
Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund
Band: 28 (1936)
Heft: 1

Artikel: Gefahren für die Demokratie
Autor: Weber, Max
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-352793>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 08.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

GEWERKSCHAFTLICHE RUNDSCHAU

FÜR DIE SCHWEIZ

*Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes
Beilage „Bildungsarbeit“, Mitteilungsblatt der Schweiz. Arbeiterbildungszentrale*

No. 1

Januar 1936

28. Jahrgang

Gefahren für die Demokratie.

Von M a x W e b e r.

«Demokratie ist für jeden einzelnen eine anspruchsvolle Staatsform. Frei zu sein und Freiheit richtig zu gebrauchen, stellt die grössten Anforderungen an den Charakter; in freier Diskussion und freiem Entschluss aller einen Staat zu leiten, stellt die grössten Anforderungen an die politische Einsicht.»
(Prof. Werner Näf in «Staat und Staatsgedanke».)

Eine weitverbreitete Auffassung meint, die Demokratie sei einfach eine staatliche *E i n r i c h t u n g*, die sich auf bestimmte Artikel der Staatsverfassung gründet. Die Demokratie wird auch meistens juristisch definiert als eine Staatsform, die dem Volk, d. h. der Gesamtheit der gleichberechtigten Aktivbürger oder dem von ihnen gewählten Parlament, die letzten Entscheidungsbefugnisse in staatlichen Angelegenheiten zubilligt. Nun kann man aber darauf hinweisen, dass es heute verschiedene Staaten gibt, die diese demokratischen Einrichtungen besitzen, und trotzdem herrscht dort keine Demokratie. Sogar ein Adolf Hitler lässt ja Plebiszite, d. h. Volksabstimmungen vornehmen; deswegen wird niemand das Dritte Reich als Demokratie ansprechen wollen. Es kann ferner mit guten Gründen die Ansicht vertreten werden, dass in der Weimarer Verfassung zwar glänzend formulierte demokratische Prinzipien aufgestellt waren, dass aber diese Demokratie auch zwischen 1919 und 1933 nicht richtig gespielt hat.

Diese Hinweise mögen zeigen, dass es nicht nur auf die Form, sondern auf den Inhalt der Demokratie ankommt und auf die Art, wie sie funktioniert. Das gilt nicht nur für das Ausland, sondern auch für unser Land. Wir müssen uns deshalb hüten, einfach auf unsere Bundesverfassung zu pochen und zu glauben, solange diese nicht angetastet werde, bleibe die schweizerische

Demokratie unbehelligt. Und wenn die Stimmberechtigten am 8. September 1935 eine Totalrevision der Bundesverfassung, die, obwohl nur versteckt, mit der Forderung nach Einschränkung der Demokratie und der Freiheitsrechte begründet wurde, mit sehr grosser Mehrheit abgelehnt haben, so ist das kein Ruhekissen, auf dem unsere Demokratie jetzt ausruhen kann.

Die direkten Gefahren für die schweizerische Demokratie haben sich in den letzten zwei Jahren unleugbar vermindert durch die einhellige Ablehnung der Fronten und ähnlicher politischer Abenteuerergebilde seitens des Schweizervolkes und durch die Verwerfung der Initiative auf Verfassungsrevision. Allein die indirekten Gefahren sind nicht geringer geworden.

Nicht unbedenklich für den Bestand der Demokratie ist der andauernde Widerspruch zwischen der Verfassung und den dringlichen Bundesbeschlüssen der eidgenössischen Räte. Wenn man hier in vielen, wenn auch sicher nicht in allen Fällen von einem Notrecht sprechen kann, so liegt die Sache wesentlich anders da, wo das Parlament oder auch der Bundesrat die Rechtsbestimmungen und Rechtsgrundsätze nicht ernsthaft angewendet hat. Symptomatisch ist z. B. aus der allerletzten Zeit der bundesrätliche Beschluss, der dem Komitee für den Boykott italienischer Waren jede politische Tätigkeit verunmöglichen wollte, obwohl das eine klare Unterbindung der freien Meinungsäusserung darstellte. Hieher gehört auch der Fall Stucki, für den wir im Interesse dieses um die schweizerische Handelspolitik sehr verdienten Mannes wie auch des Parlaments eine andere Lösung gewünscht hätten als eine offenkundige Umgehung des Gesetzes.

Es liessen sich noch zahlreiche derartige Fälle anführen. Allein unsere Absicht ist nicht, einen Katalog aufzustellen über diese « Rechtsverwilderung », sondern wir möchten die Aufmerksamkeit des Lesers auf die u n d e m o k r a t i s c h e G e s i n n u n g lenken, auf deren Boden jenes undemokratische Verfahren mit Verfassung und Gesetz erst gedeihen kann. Denn wenn wir in der Schweiz noch eine öffentliche Meinung mit scharfem demokratischem Feingefühl hätten, dann würde sie sofort reagieren auf alle Verletzungen der Demokratie und die Behörden müssten bald darauf verzichten. Es mucken aber heute stets nur die auf, die als Minderheit betroffen sind und deren Protest deshalb nicht ernst genommen wird.

Demokratie ist nicht bloss Herrschaft der Mehrheit. Wenn eine Mehrheit von 51 oder auch von 65 Prozent ihre Auffassung der Minderheit von 49 oder 35 Prozent einfach aufzwingt, so unterscheidet sich das unter Umständen gar nicht stark von einem Diktaturregime. Es führt auch zur Anwendung von Zwangsmassnahmen, die das richtige Spielen der Demokratie verunmöglichen. Demokratie bedeutet B e r ü c k s i c h t i g u n g d e r M i n d e r h e i t e n, bedeutet Versuch einer Verständigung mit der Minderheit, deren Zustandekommen allerdings auch vom Verhalten der Minderheit selbst abhängt. Dieser Grundsatz wird in der

Schweiz ohne weiteres anerkannt gegenüber den sprachlichen Minderheiten und in grossem Umfang auch gegenüber den konfessionellen Minderheiten. Ein Sprachen- und Nationalitätenstreit, wie er in andern Staaten das Zusammenleben vergiftet, konnte dadurch ferngehalten werden. Allein weshalb gelten diese Grundsätze nicht auch für soziale Minderheiten? Das Verständnis hiefür ist gewiss bei einzelnen Persönlichkeiten vorhanden, aber nicht bei den Parteien der regierenden Mehrheit, sonst wäre es ja undenkbar, dass die stärkste Minderheit, die Arbeiterbewegung, vom Mitspracherecht in der Bundesverwaltung ausgeschlossen wäre.

Doch nicht genug mit der Entrechtung der sozialen Minderheit. Es fehlt auch nicht an Versuchen, mit wirtschaftlichem Terror und eventuell sogar mit Hilfe staatlicher Massnahmen die freie Meinungsäusserung zu unterdrücken und eine bestimmte politische Haltung zu erzwingen. Die Erinnerungen an die Abstimmungskampagne vor dem 2. Juni sind uns noch frisch im Gedächtnis. Kollege Schmidlin hat diese Methoden des wirtschaftlichen Druckes der Unternehmer auf ihre Arbeiter und Angestellten sowie der Banken und Versicherungsgesellschaften auf ihre Kunden in der « Gewerkschaftlichen Rundschau » vom August letzten Jahres charakterisiert. Im Zusammenhang mit jener Abstimmung wurde in einzelnen Blättern (z. B. « Neue Zürcher Ztg. ») offen dazu aufgefordert, die Propaganda, « die nicht der Wahrheit entspreche », zu verbieten, was natürlich schrankenloser Willkür rufen würde; denn entscheiden über die « Wahrheit » würde ja der politische Gegner. Von anderer Seite (« Ostschweiz ») wurde vorgeschlagen, in Zukunft den Initiativbegehren des Volkes eine offizielle Bezeichnung zu geben, da der Ausdruck « Initiative zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise » offenbar nicht sachlich genug erschien. (Man kann sich vorstellen, mit was für Kosenamen die Kriseninitiative bedacht worden wäre!) Verschiedentlich wurde auch angedeutet, eigentlich sollte man es gar nicht zur Abstimmung kommen lassen, wenn so gefährliche Vorschläge gemacht würden wie die Kriseninitiative. Und die « Neue Zürcher Zeitung » sprach im redaktionellen Neujahrsartikel 1935 davon, es könnte der Zeitpunkt kommen, der « dem peinlichen Spiel mit der Formaldemokratie » ein plötzliches Ende bereiten würde. War es den Befürwortern all dieser Vorschläge nicht bewusst, dass sie damit die Axt an die Demokratie anlegten?

Die « N. Z. Z. » spielt überhaupt eine verhängnisvolle Rolle in der eidgenössischen Politik. Mit dem geistigen Liberalismus aus der Mitte des 19. Jahrhunderts hat dieses Blatt heute nur noch den Namen gemein. Es steht natürlich damit nicht allein da im freisinnigen Blätterwald, wenn auch einige sogenannte Provinzblätter trotz reaktionärer Einstellung in manchen Fragen noch mehr Weitblick beweisen. Die « N. Z. Z. » ist jedoch traditionsgemäss das Informationsorgan von Tausenden von Intellektuellen, auf die dann eben auch die engherzige Haltung in den wichtigsten Landesfragen

abfärbt. Wenn das schweizerische Bürgertum heute bis in die Spitzen hinauf so stark verkalkt ist, so rührt das nicht zuletzt daher, dass die Publizistik fast durchweg eine liberale Grosszügigkeit vermissen lässt.

Erinnern wir uns ferner an den Fall Dr. Feldmann, der von der Glarner Mittelschule weggewählt wurde wegen seiner politischen Einstellung, obschon Eltern und seine politisch anders denkenden Kollegen ihm das beste Zeugnis ausstellten. Auch das ist ja nur ein typisches Geschehnis. Es gibt Hunderte, ja Tausende solcher Fälle, in denen Arbeiter und Angestellte wegen ihrer Zustimmung zur Kriseninitiative ihre Stelle verloren haben; es ist auch vorgekommen, dass man Bauern ihrer Existenzgrundlagen beraubt hat oder dass man auf sie als Schuldner oder Lieferanten einen wirtschaftlichen Druck ausgeübt hat aus dem gleichen Grunde.

Oder nehmen wir die Hetze gegen den Schweizerischen Gewerkschaftsbund, die von Zeit zu Zeit wieder neu entfacht wird. Dass jene Kreise, die wie die Mittelpresse und die Arbeitgeberorganisationen die Arbeiterbewegung mundtot machen möchten, mit irreführenden Zahlen die Gewerkschaften zu diskreditieren suchen, das können wir noch verstehen; wir halten es deshalb auch für überflüssig, uns mit dem geistigen Niveau etwa der S.M.P.-Korrespondenz und der Arbeitgeberpresse zu befassen. Aber dass Redaktoren, denen sehr viel an der Erhaltung der geistigen Freiheit gelegen sein sollte, in dasselbe Horn stossen und nicht merken, dass sie damit die Geschäfte der Gegner unserer Demokratie besorgen, das muss nachdenklich stimmen.

Die Gefahren liegen aber nicht nur im Verhalten der politischen Gegner, sondern auch auf unserer Seite. Wir wollen das gar nicht bemänteln, obschon gesagt werden muss — und wir glauben, dass diese Behauptung objektiven Charakter beanspruchen darf —, dass die Vertreter der regierenden Mehrheit in erster Linie die Pflicht haben, für die gerechte Anwendung der Demokratie zu sorgen.

Es macht sich in der sozialistischen Presse leider manchmal ein Ton breit, der dem demokratischen Gedanken ebenso widerspricht wie die Engstirnigkeit grosskapitalistischer Blätter. Einzelne Journalisten glauben, ihre Artikel seien um so kraftgewürzter, je unhöflicher sie geschrieben sind. Auch fürchten sie, als lendenlahme Klassenkämpfer dazustehen, wenn sie den Gegner nicht als Lumpen oder wenigstens als völligen Ignoranten hinstellen. Einige billige Witze und Karikaturen bilden den Senf dazu. Wir wollen gar nicht etwa einem Leisetreten das Wort reden. Wo Kampf ist, da gibt es Hiebe und Funken, und wer sich davor fürchtet, der soll der politischen Arena fernbleiben. Allein wer den politischen Gegner als schlecht hinstellt, um ihn leichter erledigen zu können, wer nicht als ehrlicher Fechter auftritt, der kennzeichnet seinen eigenen Charakter. Auch in der Arbeiterpresse haben einzelne Redaktoren

die Ansicht, man dürfe dem Gegner nichts zubilligen; selbst wenn er unsere Forderungen erfüllen würde, müsste man ihn verunglimpfen. Diese Leute wissen gar nicht, wie sehr sie sich damit erledigen vor den eigenen Leuten; denn die Leser sind intelligent genug, um zu wissen, dass der Gegner nicht nur Dummheiten macht. Auch wenn man am einen Tag das herrschende politische System als korrupt hinstellt und am andern seine Bereitschaft zur Mitarbeit erklärt, wird das niemand ernst nehmen können.

Solche Uebertreibungen und Unsachlichkeit unserer Presse schaden nicht nur uns, sondern auch der Demokratie. Der Einwand, die Polemik des Gegners zwingt zu gleicher Antwort, ist nicht ohne weiteres stichhaltig. Wir behaupten im Gegenteil, dass man den Gegner durch die eigene Objektivität unter Umständen sogar zwingen kann zu einer ebenfalls sachlichen Einstellung. Wir haben das gesehen im Kampf um die Kriseninitiative. Allerdings ist das in öffentlichen Versammlungen viel leichter, als wenn aus dem Versteck des Redaktionsgeheimnisses gekämpft wird.

Noch verhängnisvoller als diese Methoden der Zeitungspolemik ist die mangelnde Klarheit in grundsätzlicher Beziehung. In der gewerkschaftlichen Presse ist in den letzten Jahren wiederholt Stellung bezogen worden zum Problem Demokratie, und die Instanzen des Gewerkschaftsbundes haben Beschlüsse gefasst, die über die Haltung der Gewerkschaften keine Zweifel lassen. Leider ist nicht das gleiche zu sagen von der Sozialdemokratischen Partei. Wir haben uns aufrichtig darüber gefreut, dass der Parteitag in Luzern den Abschnitt über die Diktatur des Proletariats gestrichen und damit eine gefährliche Zweideutigkeit beseitigt hat. Aber es ist nun wirklich tragisch, dass eine bloss Kursänderung in der Taktik der Kommunistischen Partei dazu geführt hat, den Luzerner Beschluss in seiner Bedeutung wesentlich abzuschwächen und mehrere kantonale Parteien zu Wahlbündnissen mit der K.P. zu veranlassen.

Wir haben uns nie von Ressentiments gegen die Kommunisten leiten lassen und deshalb auch die Hetze gegen Russland, die eine Zeitlang in einzelnen sozialistischen Blättern üblich war, nicht mitgemacht. Allein es ist eine Frage der politischen Sauberkeit, ob eine demokratische Partei gemeinsame Sache machen kann mit einer Organisation, die die demokratische Staatsform grundsätzlich ablehnt und sie nur als günstigen Kampfboden für die Propagierung einer Diktatur betrachtet, einer Organisation, die auch sonst keine der Voraussetzungen erfüllt, die im Kampf für die Demokratie erforderlich sind. Den Beteuerungen, die Kommunisten hätten sich gewandelt, stehen zahllose Gegenbeweise aus ihrer eigenen Presse entgegen. Wir begnügen uns hier mit einem Beispiel.

Auf die Frage der Basler « Arbeiterzeitung », ob die Kommunisten bereit seien, auf eine Einheitspartei hinzuarbeiten, antwortete der Basler « Vorwärts »: Eine Vereinbarung über die Schaffung der politischen Einheit sei nur möglich unter bestimmten Bedingungen, deren dritte lautet:

«...dass die Notwendigkeit des revolutionären Sturzes der Herrschaft der Bourgeoisie und der Aufrichtung der Diktatur des Proletariats in der Form von Sowjets anerkannt wird.»

Es muss doch den massgebenden Führern der S. P. klar sein, dass ihre Einheitsfront mit den Kommunisten die Bildung einer umfassenden demokratischen Front in unserem Lande unmöglich macht. Die Frage nach dem Verhältnis zwischen S. P. und K. P. ist daher ausserordentlich wichtig. Wir sind überzeugt, dass nicht nur die Gewerkschaften, nicht nur die überzeugten Anhänger der Demokratie, die es in bürgerlichen Parteien gibt und die sich bewusst sind, dass die Arbeiterschaft in die Kampfesfront gegen die Diktatur eingegliedert sein muss, sondern dass auch Tausende von Sozialdemokraten selbst diese Klärung verlangen. Nach unserer Auffassung sollte sie nicht schwer sein nach den Beschlüssen von Luzern und Biel. Es braucht nur etwas Mut, um da und dort vorübergehend einen kleinen Rückschlag, der vielleicht durch die kommunistische Hilfe hätte vermieden werden können, in Kauf zu nehmen. Die Klarheit wird aber nachher den Boden für den neuen Aufstieg schaffen.

*

Die vorstehenden Ausführungen haben nicht den Zweck, ein umfassendes Bild zu geben über die Lage der schweizerischen Demokratie und über die Gefahren, die sie bedrohen; denn sie sind weit davon entfernt, vollständig zu sein. Es wäre namentlich auch die gegenwärtige politische Lage zu erörtern und die Tendenz, wichtige Volkskreise vom Mitbestimmungsrecht in Staat und Wirtschaft dauernd auszuschalten. In den Spannungen, die das hervorrufen muss, liegen ebenfalls sehr grosse Gefahren für unseren Staat; denn die Demokratie kann nur Bestand haben, solange sie beweglich genug ist, um zu gestatten, dass alle sozialen Strömungen ihrer Ausdehnung entsprechend sich Geltung verschaffen können im Parallelogramm der gesellschaftlichen Kräfte.

Wir wollten mit unseren Bemerkungen besonders darauf hinweisen, dass die Demokratie nicht bloss im Verfassungstext und in Resolutionen und Zeitungsartikeln stehen darf, sondern dass sie auch in der politischen Gesinnung des Volkes verankert sein muss. Alle die, welche als Parlamentarier, als Redaktoren, als Redner, als Lehrer und in ähnlicher Stellung mitbeteiligt sind an der Bildung dieser politischen Gesinnung, müssen sich überlegen, wie sie durch ihre Einflussnahme im eigenen Lager und durch ihr Verhalten gegenüber dem Gegner den demokratischen Gedanken fördern könne. Denn es ist so, wie Prof. Näf in dem angeführten Zitat sagt: Demokratie und Freiheit stellen hohe Ansprüche an jeden einzelnen. Sorgen wir dafür, dass wir diesen Ansprüchen gerecht werden!

Transportarbeiterverband verlangt, dass die Arbeitskraft als lebendes Kapital künftig nicht anders behandelt werden darf wie das investierte tote Kapital, für welches man in der Form von Abschreibungen auf früheren Kapitalinvestierungen sorgt.

Der Internationale Transportarbeiterverband kann darauf hinweisen, dass die Durchführung seines Programmes bedeutende Ersparnisse bringen wird. Er kann daher fordern, dass diese Ersparnisse die materielle Grundlage für die Durchführung einer höheren Gesellschaftsmoral werden.

Das Echo.

Der Artikel «Gefahren für die Demokratie» im Januarheft hat in der Presse ein sehr verschiedenes Echo gefunden. Da dieser Widerhall selbst eine Illustration ist zu dem, was dort ausgeführt wurde, sei kurz darauf eingetreten.

Die eine Methode, auf eine objektive Kritik zu reagieren, ist die, daraus das herauszugreifen, was gerade passt, um den Splitter im Auge des politischen Gegners zu zeigen und das, was den Balken im eigenen Auge angeht, zu unterschlagen. Das hat natürlich die Mittelpresse getan, von der ja schon in jenem Artikel gesagt wurde, dass es überflüssig sei, sich mit ihr zu befassen, weil sie zu dem Zweck angestellt ist, die Demokratie zu unterminieren.

Nur einige linksbürgerliche Blätter haben nicht nur die Kritik in bezug auf die Sozialdemokratie, sondern auch die Kritik am Verhalten des Bürgertums erwähnt und ihr auch zugestimmt.

Die meisten, die es anging, haben geschwiegen, was ja zu erwarten war.

Eine Konferenz der Redaktoren der sozialdemokratischen Presse hat folgende Erklärung beschlossen:

In der «Gewerkschaftlichen Rundschau» Nr. 1 vom Januar 1936 äussert sich Genosse Dr. Max Weber in einem Leitartikel über die «Gefahren für die Demokratie». Dabei übt er Kritik an der sozialistischen Presse.

Wir hätten vom wissenschaftlichen Berater des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes eine seriösere Behandlung des sozialistischen Presseproblems erwartet. Genosse Dr. Max Weber hat als Redakteur der St. Galler Volksstimme genügend praktische Erfahrungen über den Tageszeitungsbetrieb sammeln können und steht heute noch eng genug im Kontakt mit den Redaktionen, um zu wissen, dass es mit dieser unsachlichen Kritik nicht getan ist. Auf die mehr oder weniger diplomatische Sprache kommt es nicht an. Das Volk versteht unsere Sprache und der Schutz der Demokratie durch eine gute Presse erfordert anderes.

Genosse Weber weiss genau, unter welchen schwierigen Verhältnissen die sozialistischen Redakteure arbeiten müssen, er kennt die finanzielle Bedrängnis der Blätter, die einem besseren Ausbau hinderlich ist; er weiss, dass meist nur zwei, oft sogar nur ein Redaktor vorhanden ist und dass trotzdem die sozialistische Presse sich die Beachtung des ganzen Landes erworben hat. Es gibt — bei steigenden Anforderungen — keine Landes- und internationale Frage, zu der die sozialistische Presse nicht grundsätzlich und fundiert Stellung bezieht,

und eine selbst von bürgerlicher Seite anerkannte Tatsache ist, dass unserer Parteipresse ein grosses Verdienst an der Verbreitung neuer Ideen, an der Diskussion und Vertiefung der Zeitprobleme zukommt. Sie hält — wir dürfen das ohne Ueberheblichkeit konstatieren — unter Berücksichtigung der ihr gegebenen Mittel jeden Vergleich mit der bürgerlichen Presse aus. Hätte Genosse Weber den Ausbau und die finanzielle Förderung der sozialistischen Presse in Erwägung gezogen, seine Kritik wäre verdienstlich gewesen. So aber müssen wir sein Urteil, das nur dem Gegner billige Vorwände liefert, zu neuen Attacken gegen die Arbeiterpresse, mit aller Ruhe als zu oberflächlich zurückweisen.»

Der Beschluss wurde von den Anwesenden einstimmig gefasst, also mit Einschluss jener Redaktoren, die — wie wir wissen — die Kritik, die in der «Rundschau» geäussert wurde, im Grunde genommen billigen, wie das übrigens bei Tausenden von Lesern der Parteipresse der Fall ist.

Solidarität ist sehr gut, wenn es sich um die Verteidigung einer guten Sache handelt. In diesem Falle war die Solidarität sehr unangebracht, wo ausdrücklich von «e i n z e l n e n Journalisten» die Rede war, die übrigens bereits etwas gemerkt zu haben scheinen. Die «Erklärung» der Redaktoren versucht denn auch gar nicht, die geübte Kritik zu widerlegen, sondern beschränkt sich auf Dinge, die damit in gar keinem Zusammenhang stehen und auf die einzutreten es sich deshalb erübrigt.

Wie wäre es, wenn einmal alle Kreise, die ehrlich bestrebt sind, die schweizerische Demokratie zu erhalten und auszubauen, und die erkennen, dass zu diesem Zweck eine Zusammenarbeit aller ehrlich Gesinnten notwendig ist, sich ernsthaft an die Arbeit machen würden, um die Schwierigkeiten und Hemmnisse, die einem erfolgreichen Kampf für die Demokratie entgegenstehen, auch im eigenen Lager zu überwinden? Sollte es nicht möglich sein, das in der Schweiz fertig zu bringen?

Wirtschaft.

Die Konjunktur im letzten Vierteljahr 1935.

Die Konjunkturberichterstattung über den letzten Teil des vergangenen Jahres kann kurz gefasst werden, da in diesem Heft eine einlässliche Darstellung der internationalen und der schweizerischen Wirtschaftslage enthalten ist. Die V e r s c h l e c h t e r u n g in der Schweiz, die wir in den vorangegangenen Berichten konstatierten, hat in den letzten Monaten angehalten und sich sogar noch verschärft.

Auf dem K a p i t a l m a r k t ist keine Besserung eingetreten. Die Kapitalverknappung nahm im Gegenteil noch zu. Der private Wechseldiskontsatz erhöhte sich nach vorübergehendem leichtem Rückgang auf Jahresende wieder auf 2,5 Prozent. Die Börsenkurse der goldgeränderten Werte sanken weiter. Das 3½prozentige Standardpapier der SBB, Serie A—K, rentierte auf Grund der Durchschnittskurse im Monat November 5,1 Prozent. Zeitweise ergaben